

Das Rentenkarussell in Chile

Autor(en): **Schübelin, Jürgen**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **92 (1998)**

Heft 11

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-144139>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das Rentenkarussell in Chile

Jürgen Schübelin war während zwölf Jahren als Entwicklungshelfer in Lateinamerika, insbesondere in Chile, tätig. Über Chile hat er auch in den Neuen Wegen berichtet, das letzte Mal im Januarheft 1996. Inzwischen ist Schübelin nach Deutschland zurückgekehrt. Er arbeitet als Redaktor beim «überblick», einer Zeitschrift protestantischer Hilfswerke für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit in Hamburg. Der Autor hat sich intensiv mit einem Thema beschäftigt, das wie kein anderes für die angebliehen Schokoladenseiten des «Modells Chile» steht: mit der vollständigen Privatisierung des Renten- und Sozialversicherungssystems. Da dieses Privatisierungsmodell auch in Europa propagiert wird, lohnt sich die kritische Beschäftigung mit der neoliberalen Glanzleistung.

Red.

Bestechung als Teil des Systems

Es gibt Tage, an denen sich *Marcela Cornejo Zamorano* und ihre Kollegen wie Weihnachtsmänner vorkommen. Mühsam schleppen sie Kartons voller Mobiltelefone, tragbarer Fernsehgeräte, Mountainbikes und Fitnessapparaten durch die Stadt. Nur Feststimmung kommt dabei nicht auf; weder bei den Empfängern, noch bei den Überbringern. Sie verteilen Prämien – das sind *Geschenke* an Kundinnen und Kunden, die bereit sind, aus einem chilenischen Rentenfonds (AFP) in einen anderen zu wechseln. «Früher hatte ich immer nur eine Aktentasche bei mir, mit Faltblättern und Informationsmaterial über die Rentabilität meiner AFP, mit Kalkulationshilfen und den Vergleichszahlen zur Entwicklung bei der Konkurrenz. Das alles brauche ich heute nicht mehr», sagt Marcela Cornejo. Sie ist 29 Jahre alt und «promotora» (Vertreterin) der chilenischen AFP «Protección».

Seit drei Jahren machen die chilenischen Pensionsfonds *Verluste*, und entsprechend mies ist die Stimmung. Laut einer Umfrage des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) von 1997 glaubten 73 Prozent aller Chilenen, dass sie von ihrer Rente ihre Grundbedürfnisse ent-

weder gar nicht oder nur ganz knapp befriedigen können. Die Folgen spürt Marcela bei ihrer Arbeit: «Die Leute hören nicht mehr zu, wenn ich versuche, ihnen mit Fallbeispielen Rentenverläufe zu erklären. Die einzige Frage ist immer: «Wenn ich schon keine vernünftige Rente bekomme, was springt dann jetzt als Geschenk für mich heraus?»»

Die meisten «promotoras» haben sich deshalb Kataloge mit eingeklebten Bildchen der Prämien gebastelt. Das schnurlose Telefon gibt es bereits bei einem nachgewiesenen Monatslohn von 150 000 Pesos (580 Mark). Beim tragbaren Fernseher muss es schon mehr sein, und wer gerne ein geländegängiges Fahrrad haben möchte, sollte mindestens 1500 Mark auf dem Gehaltszettel stehen haben. Die AFP-«promotoras» müssen die Prämien selbst kaufen und von ihrem Verdienst bezahlen. Sie geben den Importeuren Schecks, die erst in 30 oder 60 Tagen eingelöst werden können. So lange dauert es in der Regel, bis die AFP die Kommission für eine geglückte Abwerbaktion ausbezahlt hat. Rund ein Drittel dieser Kommissionen, manchmal auch mehr, geben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Aussendienstes an ihre Kunden und Kundinnen weiter.

Immer mehr Versicherte wollen als Gegenleistung für den Wechsel der AFP *Bargeld*. Die Tarife sind in der Branche relativ einheitlich. Für kleine und mittlere Einkommen bis 1200 Mark gibt es 50 Mark auf die Hand, bei einem Monatseinkommen von 3500 Mark sind es bereits 200, oder auch mal 300 Mark. «Selbstverständlich ist diese Form von Bestechung illegal», räumt Marcela Cornejo ein, «aber alle praktizieren das. Das System würde ohne *coimas* nicht mehr funktionieren.» «Coima» ist das spanische Wort für *Bestechung* – die Bezahlung für eine Gefälligkeit. Die Abteilungsleiter in den AFPs wissen Bescheid, aber wahren nach aussen hin den Schein. Wenn eine «promotora» in flagranti beim Verteilen von Prämien oder beim Auszahlen von Geldsummen ertappt wird, drohen ihr die Entlassung und der Entzug der staatlichen Lizenz.

Gnadenloser Kampf um Rentenversicherte

Aber der Konkurrenzkampf beim *gegenseitigen Abwerben* von Rentenversicherten ist so gnadenlos, dass Mitarbeiterinnen, die das Spiel mit der «coima» nicht beherrschen, auf der Strecke bleiben. «Selbst in der eigenen Abteilung geht es zu wie im Dschungel», berichtet Marcela Cornejo: «Es ist durchaus üblich, dass, während ich zur Toilette gehe und bei mir ein von mir geworbener Kunde anruft, um einen Gesprächstermin zu bestätigen, eine Kollegin an den Apparat geht und dann an meiner Stelle den Mann besucht, um seine Unterschrift für den Versicherungswechsel zu bekommen. Damit hat sie sich natürlich auch die Kommission gesichert.» In den Arbeitsverträgen ist eine Klausel üblich, dass, wer nicht eine bestimmte Zahl von Neuverträgen pro Quartal vorweisen kann, fristlos entlassen wird, wegen Nichterfüllung seiner Dienstverpflichtungen. Das bedeutet, auch keine «*indemnización*» (Abfindung) zu erhalten, die einzige gesetzlich vorgesehene Unterstützung im Fall von Arbeitslosigkeit.

Marcela verdient im Monat als Grund-

lohn 190 Mark. Um finanziell mit ihren Kindern über die Runde zu kommen, benötigt sie jedoch das Sechsfache dieses Betrags. Das bedeutet, sie muss im Durchschnitt 15 «*traspasos*» (Abwerbungen) pro Monat schaffen, mit 3 Millionen Pesos, das sind 11 800 Mark, *Produktion*. «Produktion» steht in der Sprache der AFP für die Summe der Monatslöhne aller neu geworbenen «*afiliados*» (Versicherten).

Interessant sind für die Fondsverwaltungen nur Arbeitende mit einem festen *Anstellungsvertrag*. Für arbeitslose Rentenversicherte, die einer anderen AFP abgeworben werden, gibt es keine Kommissionen. Auch «*empleadas domésticas*», Dienstmädchen, und sonstige Niedrigverdienende – oder auch Berufsanfänger – sind nicht sehr beliebt: «An denen ist einfach nichts zu verdienen», räumt Marcela freimütig ein. Bis jedoch jemand, an dem etwas zu verdienen ist, sich schliesslich bereit erklärt, von einer AFP in eine andere zu wechseln, braucht es vier bis fünf Kontakte, Hausbesuche, Verabredungen während der Mittagspause, eine Einladung zum Kaffee. Und dann sind da noch die stundenlangen Busfahrten kreuz und quer durch Santiago. Etwa 150 Mark im Monat gibt Marcela Cornejo für Bus- und U-Bahntickets aus. «Feierabend, Wochenende, Sonntag, das alles kennen wir nicht», berichtet sie, «wenn mir jemand sagt, er hätte nur am Samstagabend um 22.30 Uhr Zeit für ein Gespräch bei sich zu Hause, dann bin ich natürlich da.»

Vom Spiel mit der Verzweiflung der Vertreterinnen ...

Solche nächtlichen Termine irgendwo in Santiago bergen Gefahren. Viele der jungen Frauen, die als «*promotoras*» für eine chilenische AFP arbeiten, klagen über *sexuelle Belästigungen*. Immer mehr Männer bestehen für ihre Unterschrift zum Rentenfondswechsel auf sexuellen Gegenleistungen. Der Präsident der staatlichen Aufsichtsbehörde für die Rentenfonds, Julio Bustamante, sieht das Problem aus der Gegenperspektive: Im November 1997 pran-

gerte er, unterstützt von einigen Presse-sprechern der AFP's, vehement Fälle von Prostitution an, mit denen «promotoras» die Abwerbung männlicher Versicherungsnehmer betreiben würden.

Marcela Cornejo, die zusammen mit einer Gruppe von Kolleginnen in der AFP «Protección» eine *Gewerkschaft gegründet* hat und heute in Chile eine der bekanntesten AFP-«sindicalistas» ist, sieht ihren Berufsstand hier zu Unrecht diffamiert. «Diese Aufregung um angebliche Prostitution ist reine Heuchelei. In jeder Chefetage einer chilenischen AFP wird mit der Verzweiflung der «promotoras» gespielt. Wer am Quartalsende nicht genügend Abwerbungen vorzuweisen hat, fliegt raus.» Und die staatliche Aufsichtsbehörde, die «Superintendencia de AFP's», so die Gewerkschaftlerin weiter, «hat in all diesen Jahren nichts, aber auch gar nichts gegen die «coima»-Praktiken bei der Kundenwerbung unternommen.» Dabei würde den jungen Frauen, die sich als Rentenfonds-Vertreterinnen bewerben, schon bei der Einstellung unmissverständlich deutlich gemacht, dass sie, ohne das entsprechende Eigenkapital, um sich in Santiago «zu bewegen», keine Chance hätten.

Die chilenischen AFP's beschäftigten im Oktober 1997 über 22 000 registrierte «promotoras», fast 80 Prozent von ihnen *Frauen*, im Durchschnitt 25 bis 35 Jahre alt. «In meiner Abteilung gibt es fast nur alleinerziehende Mütter», erklärt Marcela Cornejo. Ihre Gewerkschaft hat untersucht, aus welchen Berufen die Frauen kommen, die sich als «promotoras» in einer AFP bewerben. Da gibt es einen hohen Prozentsatz an Pädagoginnen, die ihr Studium nicht abschliessen konnten oder nach den Prüfungen keinen Arbeitsplatz fanden, aber auch gelernte Bürokräfte, Krankenschwestern, sogar eine Hebamme mit Universitätsabschluss und zahlreiche arbeitslose Computerspezialistinnen.

Mit dem Kampf um die *Konzentration der Rentenfonds-Vermögen* wurden die Werbepraktiken der chilenischen AFP's seit Beginn der neunziger Jahren zunehmend *aggressiver*. Selbst die relativ kleine

AFP «Protección» stockte die Zahl ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ausendienst in kurzer Zeit von landesweit 300 auf 1200 auf. Der Branchenriese PROVIDA beschäftigte Ende 1997 sogar 5000 «promotoras». Mit überdimensionierten Werbeetats erhöhten die AFP's von Jahr zu Jahr die Drehzahl des Kundenabwerbe-Karussells. Waren es während des Jahres 1990 noch 388 000 Versicherte, die für einen Wechsel ihrer AFP gewonnen werden konnten, so stieg diese Zahl 1996 auf fast 1,6 Millionen, also auf die Hälfte aller regelmässigen Beitragszahlenden in Chile. 60 Prozent von ihnen, so errechnete die staatliche Aufsichtsbehörde, gehörten zum Zeitpunkt der Abwerbung weniger als zwölf Monate der jeweiligen AFP an.

Die *Kosten* für diesen heimlichen chilenischen Nationalsport werden von den Fondsverwaltungen durch die direkt vom Gehalt abgezogenen Kontoführungsgebühren *auf alle Versicherten* umgelegt. 1997 stiegen die Ausgaben der damals 13 AFP's für Werbung und Verkauf auf die Rekordmarke von 1,05 Milliarden US-Dollar. Diese Summe entspricht 3,2 Prozent der Rentenersparnisse aller 5,8 Millionen AFP-Versicherten.

... bis zu ihrer Entlassung

Als Ende 1997 die «Superintendencia» auf Betreiben der AFP's, die das von ihnen in Gang gesetzte Roulett mit seiner zerstörerischen Dynamik nicht mehr unter Kontrolle brachten, eingriff, kam es zu erbitterten *Auseinandersetzungen* mit den «promotoras». Um den ständigen Unterschriftenfälschungen auf den Formularen für den AFP-Wechsel Einhalt zu gebieten, ordnete die Behörde an, dass in Zukunft eine Ausweiskopie und ein aktueller Kontoauszug zum Stand der Rentenersparnisse den Antrag auf Fondswechsel begleiten müssten. Ein solches Dokument sollte nur der Versicherte selbst bei seiner AFP ausgehändigt bekommen.

Die 22 000 AFP-«promotoras» interpretierten vor allem die zweite Bedingung als existenzbedrohend und riefen zum *Streik*

auf. «Damit war klar, dass die Regierung den AFP's die Möglichkeit eröffnete, gegenüber Versicherten, die ihren Rentenfonds wechseln wollten, alle denkbaren Verzögerungsspielchen vor der Herausgabe der Kontoauszüge durchzuexerzieren», begründet Marcela Cornejo den Widerstand der Gewerkschaften. Zwei Monate lang dauerten die Proteste in der Innenstadt von Santiago. Chiles Polizei ging mit Gewalt gegen die Streikenden vor. Zuletzt versuchten die AFP-Gewerkschaften, das Blatt durch Kirchenbesetzungen und einen wochenlangen Hungerstreik zu wenden. «Wir kämpften um unsere Würde, gegen unerträgliche Arbeitsbedingungen, jahrelange Demütigungen und dagegen, am Ende die Zeche für ein nicht von uns verursachtes Problem bezahlen zu müssen», betont Marcela Cornejo. Am Ende setzten sich «Superintendencia» und AFP's durch. Die neuen Regeln traten in Kraft, und die

Hälfte der «promotoras» verlor bei einer der grössten Massenentlassungen im chilenischen Dienstleistungsbereich ihre Arbeit, 80 Prozent ohne Recht auf «indemnización», wegen Nichterfüllung der Arbeitsverpflichtungen.

Doch selbst mit den neuen Spielregeln ist nicht alles verloren. Der chilenische Wirtschaftswissenschaftler *Jaime Ruiz-Tagle*, Rentenexperte im Büro der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Santiago, hat die Geschichte einer chilenischen Pfingstkirche recherchiert, deren 500 Mitglieder pünktlich alle vier Monate gemeinsam die AFP wechseln, rechtzeitig die benötigten Kontoauszüge beantragen und von dem ausgehandelten Anteil an den Abwerbe-Kommissionen der «promotoras» – wie schon seit Jahren – ihre gesamte Gemeindegemeinschaft, einschliesslich des Pastoren-Gehalts und der Unterhaltskosten ihres Kirchengebäudes, finanzieren.

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Die Verhaftung des Augusto Pinochet

Augusto Pinochet Ugarte wurde am vergangenen 16. Oktober in seinem Krankbett in London verhaftet. Balthasar Garzón, ein mutiger Untersuchungsrichter am obersten Gerichtshof Spaniens, hat das Festnahmegesuch damit begründet, dass Chiles Ex-Diktator verdächtigt werde, «eine internationale Organisation gegründet zu haben, die einen systematischen Plan für illegale Verhaftungen (Entführungen), Folter, gewaltsame Verschleppungen, Morde und das Verschwindenlassen zahlreicher Personen entwickelte und ausführte». Weiter legitimiert Garzón seinen «juristischen

Überraschungsangriff auf das «Monster» (Weltwoche, 22.10.98) damit, dass sich unter den Opfern des chilenischen Staatsterrorismus auch 80 spanische Staatsangehörige befinden. Aus Genf folgte ebenfalls eine Anzeige wegen des seit 1977 vermissten schweizerisch-chilenischen Doppelbürgers Alexis Jaccard.

Jubiläumsgabe für die Menschenrechte

Gross ist der Jubel all jener, die nicht vergessen können, welch unsägliches Leid Pinochet und seine Soldateska mit dem